

Datenschutzerklärung für Verfahrensgegner

1. Name und Anschrift des Verantwortlichen

Die gemeinsam Verantwortlichen im Sinne der Datenschutz-Grundverordnung und anderer nationaler Datenschutzgesetze der Mitgliedsstaaten sowie sonstiger datenschutzrechtlicher Bestimmungen sind:

Karkossa & Keden Rechtsanwälte
Saarbrückenstraße 54
24114 Kiel
Tel. 0431 661790
Fax. 0431 6617921
E-Mail: info@karkossa-partner.de

und

Notar Dr. Martin Keden
Saarbrückenstraße 54
24114 Kiel
Tel. 0431 661790
Fax. 0431 6617921
E-Mail: keden@karkossa-partner.de

Die Pflichten aus der Datenschutz-Grundverordnung, insbesondere die Informationspflichten erfüllt die Sozietät. Auch hinsichtlich der Wahrnehmung Ihrer Rechte wenden Sie sich bitte an die Sozietät.

2. Name und Anschrift des Datenschutzbeauftragten

Der Datenschutzbeauftragte der gemeinsam Verantwortlichen ist:

Corinna Bernauer
JURAPORT.SH Rechtsanwalts-GmbH & Co. KG
Eckernförder Str. 56
24768 Rendsburg
Tel.: 04331 - 437 98 16
E-Mail: bernauer@juraport.sh

3. Verarbeitung Ihrer Daten

Wir verarbeiten im Rahmen unserer Tätigkeit Ihren Namen, Ihr Geburtsdatum, Ihre Anschrift, Ihre Kontaktdaten, ggfls. Vertragsdaten, Forderungsdaten, Zahlungsinformationen, Daten zu Ihrer Bonität, zu Vermögensgegenständen, zum Einkommen, zu Bankverbindungen, zu Ihrer rechtlichen oder rechtsgeschäftlichen Vertretung und zu Verwandtschaftsverhältnissen und zu dem rechtlichen Vorgang, der von uns bearbeitet wird. Die Daten erhalten wir von unserem Mandanten, von Gerichten, Behörden, durch eigene Ermittlungen oder aus dem Schuldnerverzeichnis. Die Verarbeitung der Daten erfolgt durch uns grundsätzlich nur, soweit dies zur Erfüllung unserer Aufgaben erforderlich ist.

a) Beschreibung und Umfang der Datenverarbeitung

aa) Aktenanlage, Verwaltung und vorgerichtliche Tätigkeit

Im Rahmen der Aktenanlage und der außergerichtlichen Tätigkeit werden die Daten in unserem Computersystem gespeichert. Die von uns gespeicherten Daten können von uns an unsere Mandanten weitergegeben oder von diesen eingesehen werden. Zur Adressermittlung können die Daten an das Einwohnermeldeamt oder die Deutsche Post weitergegeben werden. Ebenso kann die Weitergabe an Gewerberegister, Nachlassgericht, Personenstandsregister

oder weitere öffentlichen Stellen erfolgen, um so zu überprüfen, ob Sie der richtige Adressat sind bzw. um Sie überhaupt zu ermitteln.

Um Sie zu ermitteln und weitere Informationen zu Ihrer Bonität, Vermögen und Einkünften oder sonstigen relevanten Lebensumständen zu erhalten, können auch Internetrecherchen und auch Ermittlungen vor Ort durchgeführt werden. Die relevanten Ergebnisse dieser Ermittlungen werden dann ebenfalls von uns gespeichert.

bb) Gerichtliche oder behördliche Verfahren

Sollte ein gerichtliches Verfahren (Mahnverfahren, einstweilige Verfügung, Klage) oder ein behördliches Verfahren durchgeführt werden, geben wir Ihre Daten an das zuständige Gericht oder bei Verwaltungsverfahren an die zuständige Behörde weiter. Zusätzlich werden in diesem Fall auch das Aktenzeichen des Gerichts und Informationen zum Verfahrensverlauf und den von Ihnen im Laufe des Verfahrens mitgeteilten Informationen gespeichert.

cc) Zwangsvollstreckung

Sofern uns ein Titel vorliegt und die Zwangsvollstreckung aus diesem betrieben wird, können wir Ihre Daten an die Grundbuchämter weitergeben um zu prüfen, ob Sie über Grundvermögen verfügen. Außerdem können Ihre Daten an den Gerichtsvollzieher zur Zwangsvollstreckung weitergegeben werden. Wir können beantragen, dass Ihnen die Vermögensauskunft abgenommen wird. Die in dieser enthaltenen Daten werden dann ebenfalls von uns gespeichert. Ihre Daten können im Rahmen von Pfändungen an Drittschuldner, an das Vollstreckungsgericht und an Gerichtsvollzieher weitergegeben werden. Um Informationen zu Ihrem Vermögen und Ihren Einkünften einzuholen, können Ihre Daten an das Schuldnerverzeichnis weitergegeben und dort Ihre Vermögensauskunft eingeholt werden. Zur Einholung der Drittauskünfte können Ihre Daten an Gerichtsvollzieher, das Kraftfahrtbundesamt, das Bundeszentralamt für Steuern und die Deutsche Rentenversicherung weitergegeben und dort weitere Informationen eingeholt werden. Zum Zwecke der Durchführung von Gewerbeuntersagungsverfahren oder Strafverfahren können Ihre Daten an das zuständige Gewerbeamt oder die zuständige Ermittlungsbehörde weitergegeben werden.

dd) Kommunikation

Auch um mit Ihnen zu kommunizieren, werden Ihre Daten verarbeitet.

1. Bei Telefonaten werden Ihre Rufnummer sowie die Verbindungsdaten in unserer Telefonanlage gespeichert.
2. Bei der Kommunikation per Brief werden Ihr Name und Ihre Anschrift an die Post weitergegeben.
3. Bei der Kommunikation per E-Mail werden Ihre E-Mail-Adresse sowie Verbindungsdaten an unseren E-Mail-Provider weitergegeben und von diesem gespeichert und verarbeitet. Sofern Sie über unverschlüsselte E-Mails mit uns kommunizieren, weisen wir darauf hin, dass der Inhalt von Ihrem und unserem Provider jederzeit mitgelesen werden kann. Außerdem ist auch ein unberechtigter Zugriff durch Dritte leicht möglich.

b) Rechtsgrundlage für die Datenverarbeitung

Die Verarbeitung ist zur Wahrung eines berechtigten Interesses unseres Mandanten erforderlich, nämlich zur Wahrnehmung seiner rechtlichen Interessen Ihnen gegenüber. Dieses Interesse überwiegt Ihre betroffenen Interessen, Grundrechte und Grundfreiheiten. Somit dient Art. 6 Abs. 1 lit. f DSGVO als Rechtsgrundlage für die Verarbeitung.

c) Zweck der Datenverarbeitung

Die Verarbeitung der Daten erfolgt zum Zweck der Wahrnehmung der rechtlichen Interessen unseres Mandanten, insbesondere zum Einzug einer Forderung oder zur Geltendmachung sonstiger Ansprüche oder Rechte, zur Abwehr

der von Ihnen geltend gemachten Ansprüche oder Rechte oder zur Wahrnehmung von Interessen unseres Mandanten in einem Verwaltungs- oder Strafverfahren, an dem Sie ebenfalls beteiligt sind.

d) Dauer der Speicherung

Nach Abschluss der Sache werden die Daten gemäß § 50 BRAO für mindestens fünf Jahre gespeichert. Danach prüfen wir, ob wir Ihre Daten noch benötigen oder einer Löschung gesetzliche Aufbewahrungspflichten entgegenstehen. Sofern beides nicht der Fall ist, erfolgt dann die Löschung. Sofern die Informationen steuerrelevant sind, werden diese für die Dauer von 10 Jahren gespeichert. Ihr Name, Ihr Geburtsdatum, Ihre Anschrift sowie die betroffene Rechtsangelegenheit werden zum Zwecke der Prüfung von Interessenkollisionen dauerhaft gespeichert. Verbindungsdaten im Rahmen der Telekommunikation werden für die Dauer von sechs Monaten gespeichert.

4. Rechte der betroffenen Person

Werden personenbezogene Daten von Ihnen verarbeitet, sind Sie Betroffener i.S.d. DSGVO und es stehen Ihnen folgende Rechte gegenüber dem Verantwortlichen zu:

a) Auskunftsrecht

Sie können von dem Verantwortlichen eine Bestätigung darüber verlangen, ob personenbezogene Daten, die Sie betreffen, von uns verarbeitet werden. Liegt eine solche Verarbeitung vor, können Sie von dem Verantwortlichen über folgende Informationen Auskunft verlangen:

- die Zwecke, zu denen die personenbezogenen Daten verarbeitet werden;
- die Kategorien von personenbezogenen Daten, welche verarbeitet werden;
- die Empfänger bzw. die Kategorien von Empfängern, gegenüber denen die Sie betreffenden personenbezogenen Daten offengelegt wurden oder noch offengelegt werden;
- die geplante Dauer der Speicherung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten oder, falls konkrete Angaben hierzu nicht möglich sind, Kriterien für die Festlegung der Speicherdauer;
- das Bestehen eines Rechts auf Berichtigung oder Löschung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten, eines Rechts auf Einschränkung der Verarbeitung durch den Verantwortlichen oder eines Widerspruchsrechts gegen diese Verarbeitung;
- das Bestehen eines Beschwerderechts bei einer Aufsichtsbehörde;
- alle verfügbaren Informationen über die Herkunft der Daten, wenn die personenbezogenen Daten nicht bei der betroffenen Person erhoben werden;
- das Bestehen einer automatisierten Entscheidungsfindung einschließlich Profiling gemäß Art. 22 Abs. 1 und 4 DSGVO und – zumindest in diesen Fällen – aussagekräftige Informationen über die involvierte Logik sowie die Tragweite und die angestrebten Auswirkungen einer derartigen Verarbeitung für die betroffene Person.

Ihnen steht das Recht zu, Auskunft darüber zu verlangen, ob die Sie betreffenden personenbezogenen Daten in ein Drittland oder an eine internationale Organisation übermittelt werden. In diesem Zusammenhang können Sie verlangen, über die geeigneten Garantien gem. Art. 46 DSGVO im Zusammenhang mit der Übermittlung unterrichtet zu werden.

Das Auskunftsrecht besteht gemäß Art. 14 Abs. 5 lit. b) DSGVO insoweit nicht, wie die Auskunft die Wahrnehmung der Interessen unseres Mandanten unmöglichen machen oder ernsthaft beeinträchtigen würde. Es kann also sein, dass Ihnen die begehrte Auskunft nicht oder nicht vollständig erteilt werden kann.

b) Recht auf Berichtigung

Sie haben ein Recht auf Berichtigung und Vervollständigung gegenüber dem Verantwortlichen, sofern die verarbeiteten personenbezogenen Daten, die Sie betreffen, unrichtig oder unvollständig sind. Der Verantwortliche hat die Berichtigung unverzüglich vorzunehmen.

c) Recht auf Einschränkung der Verarbeitung

Unter den folgenden Voraussetzungen können Sie die Einschränkung der Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten verlangen:

- wenn Sie die Richtigkeit der Sie betreffenden personenbezogenen für eine Dauer bestreiten, die es dem Verantwortlichen ermöglicht, die Richtigkeit der personenbezogenen Daten zu überprüfen;
- die Verarbeitung unrechtmäßig ist und Sie die Löschung der personenbezogenen Daten ablehnen und stattdessen die Einschränkung der Nutzung der personenbezogenen Daten verlangen;
- der Verantwortliche die personenbezogenen Daten für die Zwecke der Verarbeitung nicht länger benötigt, Sie diese jedoch zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen benötigen, oder
- wenn Sie Widerspruch gegen die Verarbeitung gemäß Art. 21 Abs. 1 DSGVO eingelegt haben und noch nicht feststeht, ob die berechtigten Gründe des Verantwortlichen gegenüber Ihren Gründen überwiegen.

Wurde die Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten eingeschränkt, dürfen diese Daten – von ihrer Speicherung abgesehen – nur mit Ihrer Einwilligung oder zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen oder zum Schutz der Rechte einer anderen natürlichen oder juristischen Person oder aus Gründen eines wichtigen öffentlichen Interesses der Union oder eines Mitgliedstaats verarbeitet werden. Wurde die Einschränkung der Verarbeitung nach den o.g. Voraussetzungen eingeschränkt, werden Sie von dem Verantwortlichen unterrichtet bevor die Einschränkung aufgehoben wird.

d) Recht auf Löschung

Sie können von dem Verantwortlichen verlangen, dass die Sie betreffenden personenbezogenen Daten unverzüglich gelöscht werden, und der Verantwortliche ist verpflichtet, diese Daten unverzüglich zu löschen, sofern einer der folgenden Gründe zutrifft:

- Die Sie betreffenden personenbezogenen Daten sind für die Zwecke, für die sie erhoben oder auf sonstige Weise verarbeitet wurden, nicht mehr notwendig.
- Sie legen gem. Art. 21 Abs. 1 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung ein und es liegen keine vorrangigen berechtigten Gründe für die Verarbeitung vor, oder Sie legen gem. Art. 21 Abs. 2 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung ein.
- Die Sie betreffenden personenbezogenen Daten wurden unrechtmäßig verarbeitet.
- Die Löschung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten ist zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung nach dem Unionsrecht oder dem Recht der Mitgliedstaaten erforderlich, dem der Verantwortliche unterliegt.

Hat der Verantwortliche die Sie betreffenden personenbezogenen Daten öffentlich gemacht und ist er gem. Art. 17 Abs. 1 DSGVO zu deren Löschung verpflichtet, so trifft er unter Berücksichtigung der verfügbaren Technologie und der Implementierungskosten angemessene Maßnahmen, auch technischer Art, um für die Datenverarbeitung Verantwortliche, die die personenbezogenen Daten verarbeiten, darüber zu informieren, dass Sie als betroffene Person von ihnen die Löschung aller Links zu diesen personenbezogenen Daten oder von Kopien oder Replikationen dieser personenbezogenen Daten verlangt haben.

Das Recht auf Löschung besteht nicht, soweit die Verarbeitung erforderlich ist

- zur Ausübung des Rechts auf freie Meinungsäußerung und Information;
- zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung, die die Verarbeitung nach dem Recht der Union oder der Mitgliedstaaten, dem der Verantwortliche unterliegt, erfordert, oder zur Wahrnehmung einer Aufgabe, die im öffentlichen Interesse liegt oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt, die dem Verantwortlichen übertragen wurde;

- aus Gründen des öffentlichen Interesses im Bereich der öffentlichen Gesundheit gemäß Art. 9 Abs. 2 lit. h und i sowie Art. 9 Abs. 3 DSGVO;
- für im öffentlichen Interesse liegende Archivzwecke, wissenschaftliche oder historische Forschungszwecke oder für statistische Zwecke gem. Art. 89 Abs. 1 DSGVO, soweit das unter Abschnitt a) genannte Recht voraussichtlich die Verwirklichung der Ziele dieser Verarbeitung unmöglich macht oder ernsthaft beeinträchtigt, oder
- zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.

e) Recht auf Unterrichtung

Haben Sie das Recht auf Berichtigung, Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung gegenüber dem Verantwortlichen geltend gemacht, ist dieser verpflichtet, allen Empfängern, denen die Sie betreffenden personenbezogenen Daten offengelegt wurden, diese Berichtigung oder Löschung der Daten oder Einschränkung der Verarbeitung mitzuteilen, es sei denn, dies erweist sich als unmöglich oder ist mit einem unverhältnismäßigen Aufwand verbunden. Ihnen steht gegenüber dem Verantwortlichen das Recht zu, über diese Empfänger unterrichtet zu werden.

f) Widerspruchsrecht

Sie haben das Recht, aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten, die aufgrund von Art. 6 Abs. 1 lit. e oder f DSGVO erfolgt, Widerspruch einzulegen; dies gilt auch für ein auf diese Bestimmungen gestütztes Profiling. Der Verantwortliche verarbeitet die Sie betreffenden personenbezogenen Daten nicht mehr, es sei denn, er kann zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen, die Ihre Interessen, Rechte und Freiheiten überwiegen, oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.

g) Automatisierte Entscheidung im Einzelfall einschließlich Profiling

Sie haben das Recht, nicht einer ausschließlich auf einer automatisierten Verarbeitung – einschließlich Profiling – beruhenden Entscheidung unterworfen zu werden, die Ihnen gegenüber rechtliche Wirkung entfaltet oder Sie in ähnlicher Weise erheblich beeinträchtigt. Dies gilt nicht, wenn die Entscheidung

- für den Abschluss oder die Erfüllung eines Vertrags zwischen Ihnen und dem Verantwortlichen erforderlich ist,
- aufgrund von Rechtsvorschriften der Union oder der Mitgliedstaaten, denen der Verantwortliche unterliegt, zulässig ist und diese Rechtsvorschriften angemessene Maßnahmen zur Wahrung Ihrer Rechte und Freiheiten sowie Ihrer berechtigten Interessen enthalten oder
- mit Ihrer ausdrücklichen Einwilligung erfolgt.

Allerdings dürfen diese Entscheidungen nicht auf besonderen Kategorien personenbezogener Daten nach Art. 9 Abs. 1 DSGVO beruhen, sofern nicht Art. 9 Abs. 2 lit. a oder g DSGVO gilt und angemessene Maßnahmen zum Schutz der Rechte und Freiheiten sowie Ihrer berechtigten Interessen getroffen wurden.

Hinsichtlich der vorgenannten Fälle trifft der Verantwortliche angemessene Maßnahmen, um die Rechte und Freiheiten sowie Ihre berechtigten Interessen zu wahren, wozu mindestens das Recht auf Erwirkung des Eingreifens einer Person seitens des Verantwortlichen, auf Darlegung des eigenen Standpunkts und auf Anfechtung der Entscheidung gehört.

h) Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde

Unbeschadet eines anderweitigen verwaltungsrechtlichen oder gerichtlichen Rechtsbehelfs steht Ihnen das Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde, insbesondere in dem Mitgliedstaat ihres Aufenthaltsorts, ihres

Arbeitsplatzes oder des Orts des mutmaßlichen Verstoßes, zu, wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten gegen die DSGVO verstößt.

Die Aufsichtsbehörde, bei der die Beschwerde eingereicht wurde, unterrichtet den Beschwerdeführer über den Stand und die Ergebnisse der Beschwerde einschließlich der Möglichkeit eines gerichtlichen Rechtsbehelfs nach Art. 78 DSGVO.